

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Familie als verschenktes Potenzial

- Professor Werner Sacher über Gütekriterien der Elternarbeit

Immer mehr Jugendliche beim Psychiater

- Stationäre Klinikaufenthalte haben sich verdreifacht

Doppelter Jahrgang und Abi 2012

- Wie Schulen und Land sich darauf vorbereiten

Wer schließt die MINT-Lücke?

- Stand der Naturwissenschaften an Realschulen

Warum aus Barbie nicht Batman wird

- Mädchen zwischen Häkelnadel und High-Tech

Mit Multikulti kommt keiner weiter

- Studie fordert nüchterne Integrationsdebatte

Qualitätsoffensive soll Spitzenplatz sichern

- Minister Rau über weitere bildungspolitische Projekte

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Jugendgesundheit:

Immer mehr Jugendliche beim Psychiater 3

Forschung: Gütekriterien der Elternarbeit 4

Abitur 2012: Vorbereitungen von Schulen und Land . . 10
Ländervergleich
Baden-Württemberg – Bayern 12

Bildungspolitik: Projekte des Kultusministeriums 13

Kommentar: Mädchen in MINT-Programmen 16

MINT-Probleme: Naturwissenschaften an Realschulen. . . 17

Migration: Neue Studie zu Integration 18
Hauptschule: 10 Argumente für die Hauptschule im Dorf . 23

Hochschule aktuell

Studienproteste:

Minister Frankenberg zu Bologna-Prozess 24

Studium: In Schule und Uni überfordert? 26

Studienbotschafter: Ausweitung von „Gscheit studiert“ 27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

Wenn ich gefragt würde, was das Bildungstichwort des Monats ist, so fiel mir spontan das Wort „Überforderung“ ein. Lehrer sagen, sie seien überfordert, Eltern fühlen sich überfordert, Kinder sind überfordert, das hat in erschreckendem Umfang das statistische Landesamt festgestellt. Während wir in vielen Bereichen eine gefühlte Überforderung haben (was schlimm genug ist), so haben wir sie in Bezug auf unsere jüngsten und schwächsten Glieder der Gesellschaft schwarz auf weiß. Die Zahl der Kinder, die psychisch erkranken, steigt erschreckend. Ebenso bestürzend wie diese Meldung war die Reaktion des Sozialministeriums, das mit einem Ausbau der Klinikbetten Abhilfe schaffen will. Vergeblich warteten Eltern auf ein Statement derjenigen Stelle, der sie ihre Kinder tagtäglich anvertrauen müssen: dem Bildungsressort.

Dabei zeigt die nackte Statistik auf, was der Landeselternbeirat seit Jahren moniert. Am System Schule wird immer und immer wieder herumgebastelt, ohne dass die Kardinalprobleme, die zum schulischen Leiden vieler Kinder führen, jemals angegangen wurden. Bis heute ist nicht die politische Einsicht entstanden, dass sich die „dörfliche“ Gemeinschaft seit 30 Jahren aus der Erziehungsarbeit verabschiedet hat und dies auch durch die Schulgemeinschaft aufgefangen werden muss. Stattdessen lässt man die Eltern völlig alleine mit ihren Kindern (oft fehlen heute sogar Großeltern oder Onkel und Tante) und der riesigen Aufgabe, diese in

einer globalen, völlig schrankenlosen Gesellschaft zu verantwortungsbewussten, selbständigen Menschen zu erziehen. Statt Unterstützung dort, wo die Kinder die meiste Zeit ihres jungen Lebens verbringen, in und mit der Schule (diese wirkt ja weit in das Elternhaus hinein), werden die Klinikbetten ausgebaut. Das ist an Zynismus kaum mehr zu übertreffen.

Eltern können immer nur einen Teil der Erziehungsarbeit leisten. Ihr Part endet mit dem Öffnen der Haustür und der Angst, ihre Kinder in den Alltag an KiTas und Schulen entlassen zu müssen, der ihnen in zu vielen Fällen mit körperlicher oder verbaler Gewalt, Frustration, Beschämung, Unverständnis, Mobbing, Verführung etc. begegnet. Ich habe meinem Mann noch nie die Gabel an den Kopf geworfen, wenn ich das Salz haben wollte, oder ihm eines mit dem Tennisschläger übergezogen, wenn ich verloren habe, weshalb die Theorie mit dem Lernen von den Eltern offenbar zu kurz gesprungen ist.

Als Mutter habe ich mittlerweile das Gefühl, nicht zu erziehen, sondern zu reparieren. Was dringend notwendig ist, ist ein professioneller Umgang mit dem Thema „Erziehung“ und nicht die fast naive Reaktion, dass eben die Eltern versagen. Wenn wir wirklich Kindern helfen wollen, dann müssen ALLE (und nicht nur die Eltern) hingucken, zuhören, Mut machen, nie nachlassen, in dem Bemühen, jedes Kind mitzunehmen und es zu begleiten auf seinem Weg, ein selbstbewusster, verantwortungsvoller, empathischer Erwachsener zu werden. Solange aber weite Teile der Gesellschaft lieber Geld damit verdienen, dass sie Kinder an die Glotze und den Computer binden, Kindern Alkohol verkaufen und diesen als Coolmacher Nr. 1 darstellen, Wäsche durch retuschierte Magermodels anpreisen, Medikamente als kleine Muntermacher feiern, und solange der Geburtenrückgang politisch als Einsparmaßnahme im teuren Bildungswesen gesehen wird und Eltern als erziehungsunfähig, faul, verantwortungslos oder nicht kompetent herausgedeutet werden, so lange ist es verständlich, dass immer weniger junge Menschen bereit sind, Familie zu gründen. Schade, denn Kinder sind die Erfüllung unseres Daseins. Sie sind das größte Glück und der Boden, auf dem unsere Gesellschaft wachsen kann. Wie wäre es mit mehr Gemeinschaft, mit mehr Herzensbildung an den Schulen und in den KiTas statt mehr Klinikbetten?

Herzlichst

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

ben, gibt es bereits in Zusammenarbeit mit verschiedenen Anbietern, man muss es also nur umsetzen.

Fächerverbund – ein Nachteil?

Wie sieht es in den Naturwissenschaften aus? Seit der Einführung des Fächerverbundes „Naturwissenschaftliches Arbeiten“ sehen die Kritiker hier einen Grund für den Rückgang der erwünschten Fähigkeiten, besonders in Physik und Chemie.

Immerhin haben die Naturwissenschaften quantitativ und qualitativ zugelegt seit der Einführung des Bildungsplanes 2004 (mehr Unterrichtsstunden und zusätzliche Teilungsstunden für kleinere Gruppen). Abgesehen davon, dass auch zu Zeiten der früheren Bildungspläne beklagt wurde, die Schülerinnen und Schüler könnten in diesem Bereich zu wenig, sollte man genauer betrachten, was die Realschule laut Bildungsplan leisten soll und was von außen an Forderungen herangetragen wird.

Zitat aus den Leitgedanken des Bildungsplanes:

Im Verlauf der Schulzeit wird eine naturwissenschaftliche Grundbildung angestrebt, die Basis ist für die lebenslange Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften und ihren gesellschaftlichen, technischen und philosophischen Auswirkungen. In der Schule sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, diese Auseinandersetzungen auch aktiv führen zu können. Dies kann heute, in der Zeit des leichten Zugriffs auf das öffentliche Wissen, nicht aus Detailwissen bestehen. Vielmehr hat die Realschule die Aufgabe, ein ausdifferenziertes Verständnis von Begriffen, Prinzipien und Prozessen der Naturwissenschaften aufzubauen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob den Schülerinnen und Schülern tatsächlich Kompetenzen fehlen, oder ob das Fehlen von berufsspezifischem Detailwissen moniert wird, das in diesem Umfang gar nicht vermittelt werden soll.

Qualität entsteht im Unterricht

Was hat sich denn nun verändert? Chemische und physikalische Phänomene werden jetzt zusammen mit Biologie ab

Klasse 5 themenorientiert altersgemäß unterrichtet, die kindliche Neugier und Freude am Experimentieren wird genutzt, um die Kinder an naturwissenschaftliche Fragestellungen heranzuführen. In Klasse 8 und 9 werden die Naturwissenschaften in den meisten Realschulen mit 6 Wochenstunden grundlagenorientiert unterrichtet, meist auch von Fachlehrkräften in Biologie, Physik und Chemie. Das ist so viel wie nie zuvor. Und in Klasse 10?

Aus einem offenen Katalog von knapp zwanzig Themenbereichen von Mineralogie bis Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion können Projektthemen ausgewählt werden. Dies kann eine große Chance sein, aber es besteht auch die Gefahr, dass es den Projekten an der häufig beklagten fachlichen Tiefe mangelt.

Diese Problem muss jede Schule vor Ort lösen – durch eine Organisation der Klasse 10, die verhindert, dass Schüler sich vor anspruchsvollen Themen drücken können und durch fachlich anspruchsvollen Unterricht von entsprechend ausgebildeten Lehrkräften (wobei das Angebot sich nicht auf Biologie beschränken darf, weil es an der Schule weder Chemie- noch Physiklehrer gibt).

Es zeigt sich auch hier wieder – Qualität entsteht im Unterricht durch engagierte Lehrkräfte. Die Noten sind ein Schlusspunkt, aber kein Qualitätsmerkmal. Oder, anders gesagt, wer gut ist in den Naturwissenschaften, wird nicht schlechter durch eine einzige Note in NWA, und wer nicht viel auf die Reihe bringt, wird auch durch drei Einzelnoten in Physik, Chemie und Biologie nicht besser.

Der Ansatz des Fächerverbundes NWA, die „scientific literacy“, die z.B. bei PISA getestet wird, ist eine Antwort auf das frühere Klagegedicht, die Schüler hätten nur zusammenhangloses und fachspezifisches Faktenwissen gepaukt. Jetzt ist es auch wieder nicht recht. Was brauchen wir also, dass unsere Jugendlichen gute Leistungen bringen? Guten Unterricht!

*Dr. Roland Berger, Schulleiter,
Hermann-Greiner-Realschule Neckarsulm*

*Rita Haller, Schulleiterin,
Maximilian-Lutz-Realschule Besigheim*

Mit Multikulti kommt keiner weiter

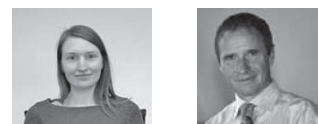
Neue Studie zeigt dringenden Bedarf einer nüchternen Integrationsdebatte auf

Moscheenstreit, Ausländerkriminalität, illegale Zuwanderung, Ehrenmord, Zwangsheirat, Kopftuchverbot – das sind Schlagworte, die sich in der Debatte um die gelungene oder missglückte Aufnahme von Zugewanderten oft in den Vordergrund drängen. Auch wenn diese Reizbegriffe nicht das objektive Bild der Integration in Deutschland zeichnen: Sie sind doch untrügliches Indiz dafür, dass einiges schief gelaufen ist bei der Eingliederung der mittlerweile rund 15 Millionen Menschen aus anderen Ländern und deren Nachkommen. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung befasst sich in einer aktuellen Studie mit der Lage der Integration in Deutschland. SiB stellt die Studie in Auszügen vor.



Die Verfasser/-innen der Studie (vlnr):
Franziska Woellert, Steffen Kröhnert, Lilli Sippel, Reiner Klingholz

Die Zuwanderung, die wirtschaftlich lange gewollt war, deren Notwendigkeit aber politisch über Jahrzehnte nicht verteidigt wurde, zeigt längst unerwünschte Nebeneffekte.



Eine unzureichende Integration verursacht brisante Probleme, deren Folgen die Gesellschaft lange ausgeblendet hat. Im Fokus stehen dabei nicht jene Millionen von Migranten, die einer Arbeit nachgehen, ihre Kinder zur Schule schicken und brave Steuerzahler sind. Diese Menschen sind – ob mit oder ohne deutschen Pass – längst normale Bürger des Landes geworden, also tragender Teil der Gesellschaft wie die meisten Einheimischen auch. Es geht vielmehr um jene, die offenkundig (noch) nicht in der neuen Heimat angekommen

men sind. Oft sind sie schlecht ausgebildet, ohne Glauben an die Zukunft, auf dem Weg in Parallelgesellschaften und im schlimmsten Fall der Gemeinschaft gegenüber feindlich gesonnen. Und es geht um jene, die aus (religiöser) Überzeugung an Werten und Vorstellungen festhalten, die nicht mit den Grundlagen der hiesigen Gesellschaft zu vereinbaren sind.

Multikulti und „Kopf in den Sand“

Noch vor wenigen Jahren standen sich in der Integrationsdebatte – wenn sie denn geführt wurde – zwei Fronten gegenüber. Auf der einen Seite diejenigen, welche die Notwendigkeit von Integration schlicht verleugneten und die Tatsache ignorierten, dass Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden ist. Auf der anderen Seite diejenigen, die zwar die Bedeutung der Zuwanderung nach Deutschland wahrnahmen, aber glaubten, durch falsch verstandene Multikulti-Toleranz sämtliche Hürden des Zusammenlebens von Zugewanderten und Einheimischen zu überwinden. Wirkliche Integration wurde von keiner Seite gefordert oder gefördert. Die Vision einer multikulturellen Gesellschaft, in der jede Herkunftsgruppe unbeeinflusst ihre Eigenart ausleben sollte, ließ echte Integration nie zu, sondern stärkte das Leben in jenen Parallelgesellschaften, in denen sich die Unterschichten der Großstädte konzentrieren.

Aber auch die jahrelange Verweigerung, Bleibewilligen die Staatsbürgerschaft anzubieten, unterband ein konstruktives Miteinander. Das „Rückkehrförderungsgesetz“ der 1980er-Jahre etwa, das finanzielle Anreize zur Heimkehr der Migranten setzen sollte, sprach nur diejenigen an, die ohnehin vorhatten, das Land zu verlassen. Integrationswillige wurden dadurch vor den Kopf gestoßen. Die Politik versäumte also, gerade jenen mit gezielten Integrationsmaßnahmen zu begegnen, die sich mit ihren Familien niedergelassen und in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt aufgebaut hatten.

Keine kleine Minderheit

Fast 20% der heute in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Diese Personen bekommen ein Drittel aller Kinder, die hier geboren werden.

Sie bilden also schon heute keine kleine Minderheit, sondern gestalten ganz wesentlich unser aller Zukunft mit. In manchen Städten oder Quartieren stammen bereits jetzt schon zwei Drittel aller unter Fünfjährigen aus Migrantenfamilien.

Im Jahre 2050 dürfte mindestens ein Drittel aller Menschen unter 30 einen Migrationshintergrund haben. Allein aus ökonomischer Sicht bleibt unserem Gemeinwesen kaum eine andere Wahl, als diese Menschen besser zu integrieren. Denn die demografische Entwicklung – immer mehr ältere Rentempfänger bei einer sinkenden Zahl junger Menschen, die ins Erwerbsleben einsteigen können und die notwendigen Rentenzahlungen erwirtschaften – zwingt dazu, alle potenziell fähigen Köpfe bestmöglich auszubilden und volkswirtschaftlich zu nutzen. Nur so lässt sich auch der Weg bereiten für weitere Zuwanderung, die das Land braucht, weil es wegen der niedrigen Kinderzahlen auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist, um seine Produktivität zu sichern.

Auf politischer Ebene hat in den vergangenen Jahren ein vorsichtiger Paradigmenwechsel stattgefunden. Nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün im Jahr 1998 trat ein überfälliges Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft, das die Einbürgerung erleichtert und hier geborenen Kindern einen deutschen Pass zusichert, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jah-

ren legal in Deutschland lebt. Eine unabhängige Kommission kam 2001 zwar zu der Überzeugung, Deutschland brauche Zuwanderung, um die demografisch bedingten Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren. Doch konkrete Maßnahmen, diese Zuwanderung über ein neues Gesetz zu organisieren, blieben zunächst aus.

Ernüchternde PISA-Ergebnisse

Erst seit 2005 erleichtert ein neues Gesetz Hochqualifizierten und ausländischen Studierenden eine dauerhafte Niederlassung. Zudem wurde erstmals die Förderung der Integration gesetzlich verankert. Zuwanderer sind seither verpflichtet, an Integrationskursen teilzunehmen, die ihnen Grundkenntnisse über den deutschen Staat, über das hier geltende Recht und vor allem der deutschen Sprache vermitteln. Gleichzeitig jedoch können nach dem neuen Zuwanderungsgesetz Menschen schneller abgeschoben werden, wenn gegen sie ein Verdacht auf Gefährdung der inneren Sicherheit vorliegt.

Die Gesellschaft hat spätestens seit den Integrationsgipfeln und der Islamkonferenz Einigkeit darüber erzielt, dass sich die Situation der in Deutschland lebenden Migranten verbessern muss.

Auslöser für diese neue Einigkeit waren unter anderem die ernüchternden Pisa-Ergebnisse, die dem deutschen Bildungssystem bescheinigten, wie sehr Bildungserfolg mit der Herkunft und dem familiären Bildungshintergrund zusammenhängt. Kinder aus Migrantenfamilien, aber auch aus den so genannten bildungsfernen Schichten, haben kaum eine Möglichkeit, ihr Milieu zu verlassen.

Bis vor Kurzem vermochte niemand zu sagen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund überhaupt in Deutschland leben. Die offizielle Statistik unterscheidet bis heute nur nach der Staatsbürgerschaft und berücksichtigt nicht, dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund einbürgern lassen oder inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Geburt erhalten können. Wer wie gut in Deutschland angekommen ist, wo die gut Integrierten leben und wer die Abgehängten sind, ließ sich mit den Daten, die in Deutschland bisher zur Verfügung standen, nicht beantworten. Eine vorurteilsfreie Diskussion war darum bislang kaum möglich. Nicht einmal die Kriterien für ein gelungenes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ließen sich sicher bestimmen.

Migrant ist nicht gleich Migrant

Pauschal über die Integrationsprobleme „der Ausländer“ zu sprechen, führt nicht weiter, eine differenzierende Betrachtung der Migranten ist notwendig. Die Frage der neuen Untersuchung lautet daher: Welche Gruppen von Zugewanderten sind wo, in welchem Ausmaß und auf welche Weise integriert, und warum ist das so?

Um darauf eine Antwort zu geben, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung zum ersten Mal in der deutschen Integrationsforschung auf Grundlage der jüngst verfügbaren Mikrozensusdaten einen statistischen Index entwickelt – den „Index zur Messung der Integration“ (IMI). Mit seiner Hilfe lässt sich bewerten, wie gut bestimmte Migrantengruppen inzwischen in der einheimischen Gesellschaft angekommen sind. Und es lassen sich Erfolge und Schwachpunkte der bestehenden Zuwanderung herausfiltern.

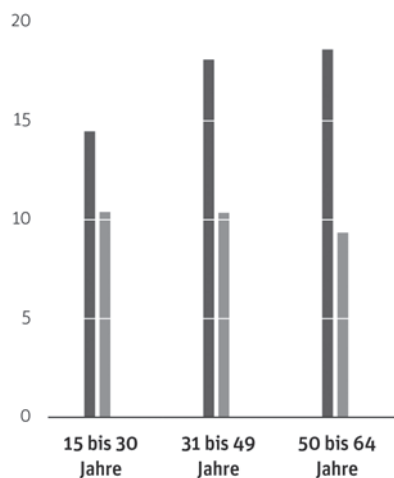
Denn Migrant ist nicht gleich Migrant. Jeder bringt bei seiner Ankunft in Deutschland andere Voraussetzungen mit und hat folglich andere Startchancen. Ein Sprössling aus einer

iranischen Akademikerfamilie verfügt über ein anderes Umfeld als ein Bauernkind aus dem Tschad oder Ostanatolien. Manche Migranten brauchen daher die volle Unterstützung der deutschen Gesellschaft, andere kommen auch gut ohne gesonderte Hilfe klar. Aber alle sollten möglichst schnell vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft werden können. Der IMI ist dazu konzipiert, bestehende Schwierigkeiten in der bisherigen Zuwanderungssituation offen zu legen und besonders problematische Gruppen zu identifizieren. Gleichwohl ist es nicht das Ziel dieses Reports, jene bloßzustellen, die schlecht integriert sind. Es gilt vielmehr, spezifische Mängel zu beschreiben, damit gerade denen Hilfe zukommen kann, deren Situation als verfahren erscheint.

Anteil der Zugewanderten wächst

Fast 20% aller Einwohner in Deutschland haben einen so genannten Migrationshintergrund. Sie machen Deutschland zur europäischen Nation mit den meisten Zugewanderten. Weil die Kinderzahlen unter Migranten höher sind als die der einheimischen Deutschen, wächst der Anteil dieser Gruppe, selbst wenn es fortan keine weitere Zuwanderung gäbe. Ein großer Teil der Migranten ist nach öffentlicher und politischer Vorstellung unzureichend integriert – eine Vermutung, die diese Studie bestätigt. Zugewanderte sind im Durchschnitt schlechter gebildet, häufiger arbeitslos und nehmen weniger am öffentlichen Leben teil als die Einheimischen.

■ Migranten
■ Einheimische



Anteil der arbeitslos Gemeldeten an allen Erwerbstätigen in ausgewählten Altersgruppen in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

die Integrationsprobleme aufgelöst haben. Erst mithilfe der neuesten zugänglichen Daten des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung von einem Prozent aller Haushalte in Deutschland, bei der 2005 zum ersten Mal nach der nationalen Herkunft gefragt wurde, lassen sich spezifische Aussagen zu den sozioökonomischen Eigenschaften der gesamten Gruppe von Migranten machen.

Unterschiedliche Startbedingungen

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat diese Daten erstmals für acht einzelne Herkunftsgruppen ausge-

wertet. Denn es ist bekannt, dass Migranten verschiedener Herkunftsländer und Einwanderungswellen ganz unterschiedliche Startbedingungen in Deutschland hatten: Ob sie als Gastarbeiter oder Asylanten, als Aussiedler oder hoch qualifizierte Wirtschaftsmigranten kamen, bestimmt ganz wesentlich ihren sozialen Status und teilweise den Bildungsstand. Und diese Bedingungen wiederum wirken sich massiv auf die Qualität der Integration aus.

Die mit Abstand größte Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund sind die knapp vier Millionen Aussiedler, die im Wesentlichen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammen. Die Türkischstämmigen bilden mit fast drei Millionen Menschen erst die zweitgrößte Gruppe, auch wenn sie in der öffentlichen Wahrnehmung meist als die wichtigste gilt. Es folgen die Gruppen von Migranten mit Herkunft aus den weiteren Ländern der EU-25 (ohne die südeuropäischen Gastarbeiternationen), die Südeuropäer (aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien), die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Fernen Osten, dem Nahen Osten und schließlich die Afrikanischstämmigen, die kleinste der untersuchten Gruppen.

Demografisch am jüngsten sind die Gruppen mit türkischem und afrikanischem Migrationshintergrund, denn sie haben am meisten Kinder. Zudem wandern Personen aus Afrika meist als junge Menschen ein. Beide Gruppen wachsen im Unterschied zu den anderen allein aufgrund ihrer hohen Kinderzahlen, während die Zahl der Einheimischen schon seit Jahrzehnten schrumpft. Die in Deutschland lebenden Personen mit türkischem Hintergrund sind bereits zur Hälfte hierzulande geboren – prozentual mehr als in jeder anderen Gruppe.

Um die spezifische Integrationslage der acht verschiedenen Herkunftsgruppen zu bewerten und zu vergleichen, arbeitet das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung mit dem neu entwickelten „Index zur Messung von Integration“ (IMI). Der IMI beschreibt mit Hilfe von 20 Indikatoren, wie die Herkunftsgruppen in den Bereichen Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und soziale Absicherung im Vergleich zur deutschen Mehrheitsgesellschaft abschneiden.

Als gelungene Integration wird dabei die Annäherung der Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe definiert.

Aussiedler oft gut integriert

Generell gibt es in allen Gruppen ein weites Spektrum an gut und schlecht integrierten. Sowohl die Mittelwerte als auch die Verteilung variieren jedoch stark – einige Gruppen tendieren zu besseren, andere zu deutlich schlechteren Integrationswerten. Am besten integriert sind – kaum verwunderlich – die Personen aus den weiteren Ländern der EU-25 (ohne Südeuropa). Sie gehören meist zu der europaweiten Wanderungselite, die leicht Beschäftigung findet und sehr gut gebildet ist, im Durchschnitt sogar besser als die einheimische Bevölkerung.

Ebenfalls gute Integrationswerte, und das widerlegt zum Teil die öffentliche Wahrnehmung, weist die sehr große Gruppe der Aussiedler auf. Über diese war bisher wenig bekannt, weil die Zugewanderten sofort einen Anspruch auf einen deutschen Pass haben und bisher statistisch nicht mehr zu identifizieren waren. Sie werden in dieser Studie erstmals als eigene Gruppe untersucht. Die Aussiedler sind mit einem vergleichsweise hohen Bildungsstand nach Deutschland gekom-

men. Sie finden sich relativ gut auf dem Arbeitsmarkt zurecht, und viele Faktoren weisen darauf hin, dass sie sich aktiv um die Integration in der Gesellschaft bemühen. So hat sich die Generation der hier Geborenen gegenüber der ihrer Eltern in jeder Hinsicht deutlich verbessert.

Manche haben ihre Nische gefunden

Die Gruppe mit südeuropäischem Migrationshintergrund, also häufig ehemalige Gastarbeiter und ihre Nachkommen, weist im Durchschnitt nach wie vor nur eine niedrige Bildungsqualifikation vor. Einzig die – relativ wenigen – Spanischstämmigen fallen in dieser Gruppe durch bessere Bildungswerte auf. Doch trotz dieses Defizits haben die Südeuropäer ihre wirtschaftliche und soziale Nische gefunden – sie sind ausreichend beschäftigt und haben heutzutage kaum noch mit Vorbehalten aus der Bevölkerung zu kämpfen. Auch weil aus den südeuropäischen Herkunftsländern, insbesondere aus Spanien, immer mehr hoch qualifizierte und Studenten im Rahmen der europäischen Binnenwanderung nach Deutschland kommen, verbessern sich die Integrationswerte.

Die Herkunftsgruppen aus dem Nahen und dem Fernen Osten sind sehr gemischt. Dies liegt an den unterschiedlichen Rahmenbedingungen ihrer Einwanderung. Manche Personen kamen als Bildungsmigranten oder hoch qualifizierte Erwerbstätige, andere als Asylbewerber. Diese Gruppen vereinen sowohl hoch wie auch gering qualifizierte, für die jeweils unterschiedliche Integrationserfolge zu verzeichnen sind. Insgesamt schneiden sie jedoch im Bildungsbereich deutlich besser ab als auf dem Arbeitsmarkt.

Große bis sehr große Integrationsmängel bestehen bei den Gruppen mit Migrationshintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien, Afrika und der Türkei. Sie sind nach fast allen Kriterien weit entfernt von einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Migranten der jugoslawischen Herkunftsgruppe sind zum einen ehemalige Gastarbeiter, zum anderen Bürgerkriegsflüchtlinge. Sie bringen also jeweils schwierige Startbedingungen mit.

In der heterogenen afrikanischen Gruppe finden sich wie in der nah- und der fernöstlichen sowohl hoch wie auch gering qualifizierte. Da aber auch die besser Ausgebildeten Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden – weil Abschlüsse nicht anerkannt werden, weil der Asylstatus eine Erwerbsarbeit verhindert oder gesellschaftliche Vorurteile bestehen –, wird diesen Gruppen die Integration zusätzlich erschwert.

Viele bleiben unter sich

Mit Abstand am schlechtesten integriert ist die Gruppe mit türkischem Hintergrund. Zwar sind die meisten schon lange im Land, aber ihre Herkunft, oft aus wenig entwickelten Gebieten im Osten der Türkei, wirkt sich bis heute aus: Als einstige Gastarbeiter kamen sie häufig ohne Schul- oder Berufsabschluss, und auch die jüngere Generation lässt wenig Bildungsmotivation erkennen. Die in Deutschland geborenen Türken haben zwar doppelt so häufig das Abitur wie die selbst Zugewanderten, aber selbst der hoffnungsvolle Wert der Jüngeren liegt immer noch zu 50% unter dem Niveau der Einheimischen. Die hohe Erwerbslosigkeit unter den selbst Zugewanderten bleibt bei den Jüngeren bestehen. Ein Nachteil dieser Gruppe ist ihre Größe: Weil es vor allem in Städten so viele sind, fällt es ihnen leicht, unter sich zu bleiben. Das erschwert gerade zugewanderten Frauen, die häufig nicht erwerbstätig sind, die deutsche Sprache zu erlernen. Damit

fehlt auch den Kindern eine wesentliche Voraussetzung für gute Integration. Ebenso kommt die Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft, die in den anderen Gruppen stetig voranschreitet, bei Personen mit türkischem Hintergrund kaum voran: 93% der in Deutschland geborenen Verheirateten führen eine Ehe mit Personen der gleichen Herkunftsgruppe. Parallelgesellschaften, die einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Wege stehen, sind die Folge.

Hier Geborene schneiden besser ab

Positiv zu werten ist, dass in fast allen Bereichen und Gruppen die Generation der hier Geborenen besser abschneidet als die der Eltern. Die größten Fortschritte machen dabei die Aussiedler und die südeuropäischen Migranten. Deren nachwachsende Generationen dürften sich in einigen Jahrzehnten weitgehend in der hiesigen Kultur und Gesellschaft auflösen. Auch den hierzulande geborenen Personen mit fernöstlichem Hintergrund gelingt es, den relativ guten Bildungsstand ihrer Eltern noch zu steigern.

Umso bedenklicher ist die Tatsache, dass sich das insgesamt unzureichende Bildungsniveau der Afrikanischstämmigen von der ersten zur zweiten Generation nicht verändert. Auch die Fortschritte bei Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bleiben auf niedrigem Niveau. Selbst bei weiteren Verbesserungen würde es noch Generationen dauern, bis es zu einer Angleichung der Bildungswerte mit Einheimischen kommen kann.

Regionale Unterschiede in Deutschland

Um den Einfluss der regionalen Lebensumstände auf die Integration besser nachvollziehen zu können, wurden zusätzlich die Integrationsergebnisse der verschiedenen Bundesländer und der 20 größten Städte miteinander verglichen. Relativ gute Integrationswerte weisen Hessen und Hamburg auf, besonders schlechte erreicht das Saarland. Unter den Städten fallen München, Frankfurt, Bonn und Düsseldorf positiv auf, während die Bedingungen für Migranten in Ruhrgebietsstädten wie Duisburg oder Dortmund sowie in Nürnberg am schlechtesten sind.

Die Integration verläuft dort besser, wo der Arbeitsmarkt möglichst viele Personen aufnehmen kann. Städte und Regionen mit einer modernen Dienstleistungsökonomie, mit Banken, Verwaltungszentren, Forschungseinrichtungen und Medien, ziehen zum einen qualifizierte Migranten an und schaffen zum anderen auch Jobs für gering Gebildete. Umgekehrt stößt die Integration auf Probleme, wo viele gering qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund leben. Letzteres ist meist in Regionen der Fall, die vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen sind, der vor allem die Beschäftigten aus der Gastarbeitergeneration den Job gekostet hat.

Gemischte Zuwandererbevolkerungen hingegen scheinen die Integration zu erleichtern. Städte wie Frankfurt, Dresden, Leipzig oder München, in denen die größeren Gruppen von Migranten gleichmäßig stark vertreten sind, weisen die besten Integrationsergebnisse auf. Insgesamt wird klar, dass die Integration nirgendwo in Deutschland wirklich zufrieden stellend verläuft. Selbst in den Bundesländern mit den besten Ergebnissen sind Migranten mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Einheimische, und sie hängen mehr als doppelt so oft wie diese von öffentlichen Leistungen ab. Das Ziel einer Annäherung zwischen Migranten und Einheimischen ist somit nirgendwo auch nur annähernd erreicht.

Bildungshunger wecken

Auch die Integration im Bildungsbereich fällt ganz unterschiedlich aus. Nicht nur im Vergleich der verschiedenen Herkunftsgruppen ist die Streuung zwischen sehr gut und sehr schlecht ausgebildeten Menschen groß – auch innerhalb einer Herkunftsgruppe variiert das Spektrum oft stark. Doch ohne ausreichende Bildung ist Integration nahezu unmöglich. Bildung bedeutet aber nicht automatisch eine gelungene Integration, denn nach wie vor baut die Gesellschaft Hürden für Migranten auf: Selbstständigen wird die Niederlassung erschwert, Abschlüsse werden nicht anerkannt, es fehlt an Möglichkeiten zur Nachqualifizierung.

Generell weisen Migranten bei gleicher Qualifikation höhere Erwerbslosenquoten als Einheimische auf. Und sie haben Probleme, Jobs zu bekommen, die ihrer Befähigung entsprechen. Ein ausländischer Pass erschwert die Arbeitsvermittlung weiter. Bei all diesen Punkten ist die Mehrheitsgesellschaft gefordert, offener auf die Migranten zuzugehen, um deren Potenziale für die Gesellschaft besser zu nutzen.

Weil die betrachteten Zuwanderergruppen unterschiedliche Startbedingungen hatten und verschieden gut gebildet sind, sollten differenzierte Programme aufgelegt werden, die den jeweiligen Bedürfnissen entgegenkommen. Wer ohne Schul- oder Bildungsabschluss ist, muss zuerst dort aufholen. Wer Zeugnisse vorweisen kann, benötigt einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor allem bei den Türkischstämmigen ist es notwendig, den Nutzen einer Qualifikation klarer als bisher zu machen, um den Bildungshunger unter den Jüngeren zu wecken.

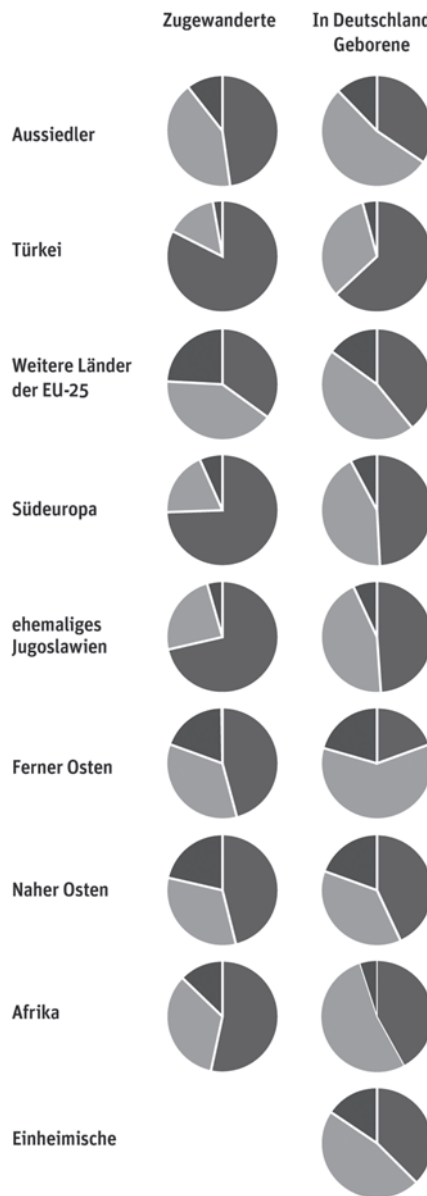
Schulen als Integrationszentren

Ebenso wichtig ist es, in Gruppen, deren Wertesystem die freie Entwicklung von Frauen und Männern einschränkt, die Diskussion über Geschlechterrollen anzuregen.

Um allen Migrantenkindern so früh wie möglich eine Chancengleichheit trotz vielfach unterprivilegierter Elternhäuser zu verschaffen, sind ein verpflichtendes Vorschuljahr und kostenlose Kindergärten mit pädagogisch geschultem Personal zur Sprachförderung unerlässlich. Die frühe gemeinsame Bildung von einheimischen und Migrantenkindern fördert obendrein die Vermischung – eine Voraussetzung, um Parallelgesellschaften zu verhindern.

Das Bildungsniveau der Herkunftsgruppen im Vergleich

Die Herkunftsgruppen aus den Weiteren Ländern der EU-25 sowie dem Fernen und Nahen Osten weisen die höchsten Anteile an hoch Qualifizierten auf. Allerdings schaffen es nur die hier Geborenen fernöstlicher Herkunft, die guten Bildungswerte der ersten Generation zu halten oder gar zu verbessern.



Anteile der Bildungsniveaus unter den selbst Zugewanderten und den in Deutschland Geborenen der verschiedenen Herkunftsgruppen in Prozent. Im Gegensatz zum Indikator „Akademiker“, der sich nur auf die Personen zwischen 30 und 64 Jahre mit Berufsabschluss bezieht, werden hier alle Personen zwischen 15 und 64 Jahre, die sich nicht in Ausbildung befinden, betrachtet.

- abgeschlossenes Studium
- Realschulabschluss oder Abitur
- kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schulen sollten zu ganztägig offenen Integrationszentren ausgebaut werden, in denen neben dem Unterricht Projektarbeit stattfindet, Weiterbildung und Beratung für die Eltern angeboten wird und Integrationsbeauftragte gesellschaftliche Defizite aufdecken. Um eine Identifikation mit Deutschland zu erleichtern, empfiehlt sich eine Einbürgerung von hier Geborenen nach dem „ius soli“, wie es in Frankreich oder den Vereinigten Staaten üblich ist. Sinn dieser Politik ist es, den Menschen ein Zeichen zu setzen, dass sie von Anfang an willkommen sind und gebraucht werden.

Integration einfordern

All diese Maßnahmen sind notwendig, um die Lage von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Aber auch um von ihnen verlangen können, dass sie sich auf diese Angebote einlassen und ihrer Bringschuld zur Integration nachkommen. Deutschland braucht aufgrund seiner demografischen Entwicklung auch in Zukunft Migranten – und zwar in wachsender Zahl und mit möglichst guten Qualifikationen. Unser Land wird diese Personen nur bekommen, wenn sich die Lage der schon hier lebenden Migranten deutlich verbessert – wenn in Deutschland Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Zukunft des Landes mitbestimmen können und sollen.

Hamburg und Baden-Württemberg haben den größten Migrantenanteil (siehe Grafik auf S. 21). In Hamburg und Baden-Württemberg hat etwa ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. In den neuen Bundesländern sind es nur 5%. In Westdeutschland ist Schleswig-Holstein mit 12% Migrantenanteil die an Zuwanderern ärmste Region. Deutschlandweit bilden Aussiedler und Menschen türkischer Abstammung die größten Herkunftsgruppen. In vielen Ländern stellen sie zusammen mehr als 40% aller Menschen mit Migrationshintergrund. In den neuen Bundesländern dagegen sind nur 4% aller Zugewanderten türkischer Abstammung.

Zu viele ohne Bildung

Generell ist die Zuwanderungsbevölkerung im Westen weit stärker gespalten als im Osten. In vielen West-Städten steht einem beachtlichen Anteil höher gebildeter Migranten eine enorme Gruppe ungebildeter Menschen gegenüber: In München sind 9%, in

Frankfurt, Hamburg und Stuttgart 13% der Zugewanderten ohne jeden Bildungsabschluss.

Solche Zahlen kennzeichnen eine bis heute verfehlte Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Besonders schlecht steht es um die Bildung eines großen Teils der Migranten in vielen nordrhein-westfälischen Städten. In Dortmund, Wuppertal und Bielefeld sind 18%, in Köln 20 und in Duisburg sogar 22% der Migranten ohne jeden Abschluss.

Kosten der Eingliederung

Zugewanderte erzielen zurzeit nicht nur eine schlechte ökonomische Bilanz in der Gegenwart, sondern werden diese bei einer Fortschreibung des status quo in den kommenden Jahren weiter verschlechtern. Weil Menschen mit Migrationshintergrund einen immer größeren Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stellen werden, vergrößern sich die heute fälligen Kosten in der Zukunft nach dem Prinzip von Zins und Zinseszins: Heute schon wendet der Bund Milliarden von Euro auf, mit dem Ziel, Familien zu entlasten, die Zahl der Geburten zu erhöhen und die Folgen des demografischen Wandels abzufedern. So waren für das im Dezember 2006 eingeführte Elterngeld allein 2008 insgesamt rund vier Milliarden Euro vorgesehen. Mit solchen Investitionen soll heute einer demografisch begründeten Wirtschaftsschwäche vorgebeugt werden.

Was in Zukunft unbezahlbar wird, ist heute vielleicht gerade noch finanzierbar. Eine vergleichbare Präventiv-Kalkulation findet aber im Hinblick auf die Integration bisher kaum statt. Die Anstrengungen zur Integration von Migranten in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt fallen angesichts der großen Probleme und ihrer noch viel größeren Hebelwirkung in der Zukunft bescheiden aus. Zur Förderung der Integration von Zugewanderten, für Integrationskurse und die Erstberatung von Migranten waren für das Jahr 2008 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt nur gut 200 Millionen Euro eingeplant.

Würde der Staat nur einen Bruchteil der rund 24 Milliarden Euro jährlich, die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug in Folge mangelhafter wirtschaftlicher Integration heute kosten, in bessere Integrationsmaßnahmen stecken, ließen sich in einigen Jahren vermutlich deutlich höhere Gewinne erzielen. Denn Aufwendungen für eine bessere Integration von sozial und wirtschaftlich Abgehängten (Migranten wie Einheimischen) sind keine Almosen für Bedürftige, sondern Zukunftsinvestitionen im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse. In einer Gesellschaft, der aus demografischen Gründen die jungen Menschen ausgehen und die daher in den kommenden Jahrzehnten mit einer rückläufigen Zahl an Erwerbsfähigen zu kämpfen haben wird, ist es fahrlässig, die vorhandenen Potenziale massiv zu missachten und verkümmern zu lassen.

Sicherung des sozialen Friedens

Und nicht allein das: Eine gute Integration der zum heutigen Zeitpunkt in Deutschland lebenden Migranten ist auch eine Voraussetzung für den sozialen Frieden im Land und erleichtert die künftige Zuwanderung von hoch Qualifizierten, nach denen die Wirtschaft bereits heute dringend sucht.

Ein Staat mit sichtbar schlechten Existenzbedingungen für Migranten kann kaum einladend auf Menschen wirken, die im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte zunehmend die Wahl haben, wo sie sich niederlassen.

Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, müsste beispielsweise die Idee der europäischen Blue Card umgesetzt werden. Nach diesem Modell würde der gesamte Arbeitsmarkt der EU allen hoch qualifizierten Bewerbern offen stehen.

Studie und weiterführende Informationen:

Die Studie unter dem Titel „Ungenutzte Potenziale“ finden Sie auf www.berlin-institut.org

Zehn Argumente für die Hauptschule im Dorf

1. Sowohl in den Hauptschulen als auch in den Werkrealschulen (WRS) wird der identische Unterrichtsstoff vermittelt. Kein Kind wird also abgehängt, wenn es nicht auf eine WRS geht.
2. Die Grund- und Hauptschule besuchen die Kinder seit dem ersten Schultag. Daher kann nahtlos an bestehende Fördermaßnahmen angeknüpft werden. Weder das Kind noch die Lehrer benötigen eine „Einarbeitungszeit“ bzgl. der Lernschwächen des Kindes.
3. Durch die Wohnsitznähe werden Fahrtkosten gespart, die sonst wieder einmal die Eltern zu tragen haben.
4. Gerade große und anonyme Lerneinheiten bergen für schwächere Kinder ein hohes Gefahrenpotenzial. Da die WRS oftmals in den städtischen Räumen oder größeren Gemeinden angesiedelt sind, ist mit einer Steigerung der Gewaltproblematik an diesen Schulen zu rechnen. Dies wird die „Landeier“ besonders treffen.
5. Die Finanzierung der Grund- und Hauptschule über den Schülerlastenausgleich, der für die Hauptschüler gezahlt wurde, entfällt. Ihre Grundschule muss die Kommune aus eigener Finanzkraft stemmen.
6. Lokale Netzwerke und Bündnisse, durch welche insbesondere Hauptschüler aufgefangen werden, benötigen die Nähe zur Schule. Ein Netzwerk mit einer 10 oder 15 oder noch mehr Kilometer entfernten WRS wird nicht funktionieren.
7. Sollte es zu einer Kooperation kommen, so ist unbedingt darauf zu pochen, dass diese vertikal geteilt erfolgt und bis zur Klasse 9 geführt werden kann. Sonst machen alle Berufsvorbereitungsbündnisse an den Hauptschulen keinen Sinn. Insbesondere die Hauptschulen in intakten Gemeinden haben hier bereits große Erfolge erzielt, die nicht sterben dürfen. Sonst verlieren die ortsansässigen Handwerker genauso wie die Kinder.
8. Es muss darauf geachtet werden, dass bei einer Kooperation nicht die Stammschule die guten Lehrer aus den Kollegien für sich herauspickt und schlechtere an den Teilstandort schickt. Sonst werden die Teilstandorte mangels Qualität und mangels Zulauf schnell sterben.
9. Der bisher sehr erfolgreiche Bildungsweg, nach der Hauptschule die zweijährige Berufsfachschule zu besuchen, entfällt bei der WRS. Dieser mittlere Bildungsabschluss ist aber durchaus weiterhin möglich, wenn die Hauptschule bis Klasse 9 geführt wird.
10. Dass die Kooperation zwischen den Beruflichen Schulen und den WRS in Klasse zehn reibungslos funktioniert, ist eher unwahrscheinlich, da sich an der Beruflichen Schule viele Schüler aus unterschiedlichen WRS treffen werden. Auch die individuelle Förderung der Jugendlichen ist in den Beruflichen Schulen, in denen sie nur zweimal in der Woche unterrichtet werden, eher unwahrscheinlich.

Redaktion SiB